



Hans Brügelmann

Schlusspunkt Vergleichbarkeit oder mehr Gerechtigkeit?

Drei Jahre hat das Hin und Her um den Nationalen Bildungsrat gedauert. Gestritten wurde über seinen Auftrag, über seine Besetzung, vor allem aber über die Stimmrechte von Bund und Ländern. Als die Idee schon beerdigt schien, verständigte sich im Herbst vergangenen Jahres überraschend die Kultusministerkonferenz (KMK) auf eine »Ständige wissenschaftliche Kommission«. Ihr sollen 16 Expert*innen angehören, »die über exzellente Expertise im Bereich der deutschen und internationalen Bildungsforschung verfügen«.

Endlich, hört man von allen Seiten. Endlich? Wird nicht seit über 20 Jahren im Auftrag der Bildungspolitik geforscht? Nichts gegen die Nutzung empirischer Studien. Ich habe selbst mit Gewinn standardisierte Tests und Fragebögen in der Forschung eingesetzt. Dabei wurden mir aber auch die Grenzen dieses Erkenntniswegs immer wieder deutlich (gemacht), einfach weil sich eine Vielfalt an Realitäten hinter säuberlich verrechneten Daten und zusammenfassenden Kennwerten verbirgt. Wer redlich ist, muss seine Interpretationen und Folgerungen mit so vielen »Wenn« und »Aber« verbinden, dass die von der KMK erwarteten »konkreten Handlungsempfehlungen« kaum sinnvoll erscheinen.

Ein brennendes Problem: Bildungsungerechtigkeit

Vor allem aber: Kann man mit dieser Forschung die Fragen klären, die heute wirklich drängen? Da geht es doch nicht um die von der KMK so betonte »Vergleichbarkeit der Abschlüsse«. Oder glaubt wirklich jemand, dass die Anzahl der Stunden für Naturwissenschaften oder Fremdsprachen entscheidend dafür ist, welches längerfristig verfügbare Wissen und Können Schüler*innen aus der Schule mitnehmen? Innerhalb eines jeden Bundeslandes sind solche Eckdaten doch schon heute festgelegt, und trotzdem unterscheiden sich der Unterricht und die Bildungserfahrungen der Schüler*innen von Schule zu Schule, ja oft zwischen Klassen mit verschiedenen Lehrer*innen innerhalb derselben Schule dramatisch. Daran ändern auch gleiche Aufgaben in den Prüfungen oder Vergleichsarbeiten wie VERA nichts.

Die brennenden Probleme in unserem Bildungssystem haben doch nichts mit Stundentafeln und Prüfungsanforderungen zu tun. Schon vor gut drei Jahren haben über 7 000 pädagogisch engagierte Personen mit einer Petition unter dem Titel »Bildungsgerechtigkeit: Die Zeit drängt!« gefordert, einen »Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit«

einzurichten. Aktuell ist eine Streitschrift »Bildung gegen Spaltung – Was Politik und Pädagogik konkret tun können« erschienen, die Ideen vorstellt, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Dabei wird deutlich: Es geht nicht um Vergleichbarkeit der Abschlüsse, sondern um vergleichbare Lernmöglichkeiten für alle. Es geht um pädagogische Haltungen und damit um Wertfragen: Wie sollen unsere Kinder und Jugendlichen aufwachsen? Und es geht um konkurrierende Interessen, konkret darum, wie Ressourcen verteilt werden sollen.

Über solche normativen Fragen und finanziellen Prioritäten sollen Wissenschaftler*innen allein entscheiden?

Nun heißt es in der KMK-Vereinbarung, die Kommission gebe nur Empfehlungen, entschieden werde weiterhin durch die Politik. Das heißt wohl: durch dieselbe Politik, die es seit über 50 Jahren nicht geschafft hat, die schon damals beklagten gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten ernsthaft anzugehen...

Engagement lohnt sich

Also wieder alles vergeblich? Mitnichten, denn es hat sich ein neues Fenster aufgetan. Parallel zur KMK hat die Montag Stiftung Denkwerkstatt in Bonn eine Initiative gestartet für einen »Bürgerrat Bildung und Lernen«. Ehe Sie jetzt abwinken und aufstöhnen »noch ein Gremium«, sollten Sie auf die Website www.buerrerrat-bildung-lernen.de gehen und sich das Konzept ansehen – ein auch demokratietheoretisch spannender Ansatz: kein Wissenschaftsclub, keine Verbandsvertreter-Versammlung, sondern durch Los bestimmte Bürger*innen, also ein Querschnitt der Bevölkerung wird eingeladen, darüber zu beraten, wie sich unser Bildungssystem weiterentwickeln soll. Vorbereitet wird dieser Bürgerrat durch Online-Befragungen, über die jede und jeder seine Themen, ihre Forderungen einbringen kann.

Was dieser Bürgerrat letztlich bringen wird, weiß heute niemand. Aber Erfahrungen in anderen Ländern, z. B. zu Themen wie »Strafbarkeit von Abtreibung« und »Ehe für alle« in Irland oder zur Klimapolitik in Frankreich zeigen, dass Bürgerräte öffentlichen Druck und damit harte Begründungszwänge für die Politik erzeugen können. Und wenn ein Bürgerrat »Bildung und Lernen« über die handfesten Lebenserfahrungen der Beteiligten neue Blicke auf den Bildungsalltag eröffnet, wird das der Reformdebatte auf jeden Fall guttun.

Also: Beteiligen Sie sich!